

Kraukauer Zeitung.

Nr. 76.

Montag den 3. April

1865.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnements-Preis für Kraukau 3 fl., mit Verlangung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Amtsblatte für die vierpaltige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. April d. J. begonnene neue Quartal der

„Kraukauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865 beträgt für Kraukau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzufendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zufendung des ersten Blattes an) werden für Kraukau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Nkr. berechnet.

Amtlicher Theil.

3: 7727.

Die k. k. Statthalterei-Commission hat die an der Bohniaer Hauptschule erledigte vierte Lehrstelle dem Supplenten an der dortigen Schule, Valentin Kowalówka zu verleihen befunden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Kraukau, am 29. März 1865.

Nr. 7728.

Die Stadtgemeinde Wojnicz (Kraukauer Kreises) hat zur Anschaffung der für die Trivialschule im Orte notwendigen Lehrmittel einen jährlichen Betrag von dreißig Gulden ö. W. aus der Stadtkasse resp. dem städtischen Localhulffonde zugesichert.

Dieses bethätigte Streben nach Hebung der Volksbildung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Kraukau, am 28. März 1865.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 29. März d. J. die von dem Stellvertreter des Präsidenten beim Landesmilitärgerichte in Wien, Feldmarschall-Lieutenant Wilhelm Freiherrn v. Lebzelter erbetene Uebernahme in den Ruhestand anzuordnen und hiebei denselben in Anerkennung seiner sechszehnjährigen im Frieden wie im Kriege stets ausgezeichneten Dienstleistung den Feldzeugmeisterscharakter ad honores und den Orden der eisernen Krone erster Classe mit der Kriegsdecoration der zweiten Classe tarfrei zu verleihen, dann dem Stadt- und Platzcommandanten in Wien Generalmajor Carl Adelsberger v. Illingenthal unter Vergebung der allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner ausgezeichneten Dienstleistung auf dem bisherigen Posten zum Stellvertreter des Präsidenten beim Landesmilitärgerichte in Wien allernachst zu ernennen geruht.

Veränderungen in der k. k. Arme.

Ernennungen:

Der Feldmarschalllieutenant und bisherige Truppenbrigadier Joseph Freiherr v. Reznicek wird dem Landesgeneralcommando zu Brünn zugetheilt; der Generalmajor und Truppenbrigadier Ferdinand Ritter v. Wuffin zum Stadt- und Platzcommandanten in Wien; der Oberst und Commandant des Kaiser-Regiments Carl Prinz v. Preußen Nr. 8, Alexander Fürst Auersperg und der Oberst und Commandant des Ulanen-Regiments Graf Sivalari Nr. 1 Adolph v. Mengers Truppenbrigadier; der bei der k. k. Woiwodschaft zu London als erster Secretär zugetheilte Mittelmajor erster Classe Gustav Graf Kálnoky de Kőröspatai, des Husaren-Regiments Nikolaus Großfürst von Rußland Nr. 2, zum überzähligen Major im Husaren-Regimente Carl I. König von Württemberg Nr. 5, mit Verlassung in seiner gegenwärtigen diplomatischen Verwendung.

Beurlaubungen:

Der beim Landesgeneralcommando zu Brünn zugetheilte Feldmarschalllieutenant Carl Freiherr v. Urban, auf seine Bitte.

Am 15. April d. J. um 10 Uhr Vormittags wird in dem für die Verlosungen bestimmten Locale im Bankhause, Singerstraße, die fünfte Verlosung des Prämienanlehens vom Jahre 1864 durch Ziehung der planmäßig bestimmten Anzahl von Serien und der Gewinnnummern der in diesen Serien enthaltenen Prämiencheine vorgenommen werden.

Unmittelbar hierauf wird zufolge der Bestimmungen des Vertrages zwischen der österreichischen Staatsverwaltung und der Oberösterreichischen Eisenbahngesellschaft vom 30. April 1850 die 15. Verlosung der gegen die Stammactien der Kraukauer-Oberösterreichischen Eisenbahn hinausgegebenen Obligationen und die 16. Verlosung der Prioritätsactien der genannten Bahn stattfinden.

Von der k. k. Direction der Staatsbahnen.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 3. April.

Das „Dresd. Journ.“ vom 1. d. enthält einen ausführlichen Artikel über den mittelstaatlichen Antrag bezüglich der Herzogthümer-Frage. Es bekämpft in demselben die Ansicht, daß die Annahme des Antrages den Bund in die Alternative der Dhmacht oder des Bürgerkrieges verlege. Die Annahme des Antrages gebe den Herzogthümern einen Anlehnungspunct, keineswegs aber eine Aufforderung zur Anlehnung

gegen die deutschen Großmächte. Die Ablehnung des Antrages bringe den Herzogthümern Klarheit darüber was sie von Deutschland zu erwarten haben.

Nach einer Meldung des „Boten“ ist von Seiten Oesterreichs eine die vertrauensvolle Erwartung der Mittelstaaten rechtfertigende Zustimmungserklärung zu dem in Aussicht stehenden Bundesbeschlusse auf Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg für Holstein gestrichelt. Der Wiener Brief-Corr. der „Schl. Ztg.“ schreibt: Oesterreich wird sich wahrscheinlich, eine Mittelstellung einnehmend, auf den Standpunct berufen, welchen es in der Februar-Depeche eingenommen, und betonen, was es gethan, um Preußen zur Uebertragung des Besitztitels auf den Herzog von Augustenburg zu bewegen. Daß es sich ganz der Anschauung jener, welche die Rechtsfrage schon mit dem Pfordten'schen Gutachten gelöst glauben, anschließen werde, scheint uns nicht wahrscheinlich. Schon die neuliche Bemerkung des Grafen Mensdorff über die Schwierigkeiten der Rechtsfrage schließt die Annahme aus, daß Oesterreich in eine Präjudicierung derselben willigen werde. Vielleicht pflichtet es aber einer provisorischen Zulassung des Erbprinzen Friedrich zur Stimmführung am Bunde, behufs Ermöglichung eines Auftragsgerichtes bei.

Von der „General-Correspondenz“ werden folgende Bemerkungen eines Wiener Blattes als „beachtenswerth“ bezeichnet: Für Oesterreich wird kaum etwas Anderes übrig bleiben, als (in der nächsten Bundestagsitzung) eine Erklärung abzugeben, welche konstatiert, daß es gleichfalls die Uebertragung der Regierung in den Herzogthümern an den Erbprinzen von Augustenburg für das geeignete Mittel hält, um mit den geringsten Schwierigkeiten zur Lösung der schwerwiegenden Frage zu gelangen, und daß es bestrahlt gewesen, hiefür seinen Compensator (Preußen) zu gewinnen, daß es aber diesen Standpunct seit dem Friedensvertrag, wie in der Londoner Konferenz, aus Opportunitätsgründen eingenommen hat und keineswegs dabei der noch ausstehenden Rechtsunterstützung vorzugreifen gedenkt. Hierin liegt auch der wesentliche Unterschied zwischen dem Standpuncte Oesterreichs und demjenigen der Antragsteller am Bunde, da die Letzteren nicht vom Friedensvertrag, sondern von der Rechtsfrage ausgehen, die sie als bereits erledigt durch das von der Pfordten'schen Gutachten betrachtet. Ohne die Bedeutung und Tragweite der eben wieder begonnenen Bundesaction zu unterschätzen, wird dieselbe doch schwerlich die Folge haben, Oesterreich von Preußen hinweg in das mittelstaatliche Lager hinüberzuführen. Es kann dies schon deshalb nicht geschehen, weil Oesterreich genöthigt ist, sein auf dem Condominium beruhendes Recht zu wahren, also den Standpunct des Friedensvertrages nicht verlassen darf. Das stimmt auch mit der Erklärung des Ministers Grafen Mensdorff im Abgeordnetenhaus, die ausdrücklich hervorhebt, wie wünschenswerth es sei, das Einverständnis mit Preußen nicht zu gefährden, welches die Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten bis jetzt verhütet habe, und in welchem er auch jetzt noch die Grundlage zu einer größeren Einigung Deutschlands und somit auch zur Hebung des Ansehens dem Ausland gegenüber erkenne.

Ein Telegramm der „Presse“ aus Frankfurt, 1. April, meldet: In bundesstaatlichen Kreisen verläutet mit Bestimmtheit, daß Oesterreich am 6. April im Sinne des bairisch-sächsischen Antrages sich ausprechen wird. Ergibt sich, wie nicht bezweifelt wird, dafür die Majorität, so ist Oesterreich gewillt, die Erklärung abzugeben, daß es seinerseits als Mitbesitzer beabsichtigt, sein Recht an den Herzog von Augustenburg abzutreten, wodurch dessen sonst nicht vollständiges Recht ergänzt werden würde.

Ein Wiener Telegramm der „Böh.“ meldet: Nach Vorschlag Oesterreichs in Berlin stimmen am 6. April die beiden Großmächte nicht. Oesterreich stimmt nur, wenn Preußen stimmt.

Wie die preussische Erklärung gegenüber der vertrauensvollen Erwartung“ ausfallen werde, darüber schreibt der oben erwähnte Wiener Correspondent der „Schl. Ztg.“, daß man sich nach der letzten Erklärung Preußens keinen Illusionen hingeben. Bemerkenswert ist, daß das Mitgetheilte die Erhebung des Bundesantrages zum Beschlusse als Prämisse voraussetzt. Wir haben aber alle Ursache anzunehmen, daß der Antrag, wenn die Stimmenvertheilung auch eine andere sein sollte, angenommen werden wird. Daß sich die Bundesregierungen durch die Haltung Preußens einschüchtern lassen werden, ist kaum anzunehmen, selbst wenn es sich bewahrheiten sollte, daß Preußen eben eine Circularnote erlassen, in welcher es dem Erbprinzen jedes Recht auf Schleswig und einen gewissen Theil von Holstein, dem Bunde aber die Competenz, den Antrag anzunehmen abspricht und sich über den eventuellen Bundesbeschlusse in selbständiger

Action hinwegzusehen droht. Die Bedenklichkeit dieses Schrittes wird jedoch selbst von preussischen Blättern hervorgehoben. So schreibt die sonst nicht engherzige „Schl. Z.“: Herr v. Bismarck verdient sich den Namen eines magister Germaniae, und das deutsche Bundesrecht wird von ihm jedenfalls eine neue Epoche datiren. Im Grunde ist es dasselbe System, welches dem Bunde und unserem Abgeordnetenhaus gegenüber verfolgt wird. Beide überschreiten, so oft sie etwas zu thun versuchen, in den Augen der preussischen Regierung ihre Befugnisse. Während, um mit der „Provincial-Correspondenz“ zu sprechen, die Kammer „eitle“ Beschlüsse faßt, „überreißt“ sich nach dem Urtheil der preussischen Regierung der Bund, dem man diesen Fehler am wenigsten zugestehen dürfte. So lange nicht hauptsächlich der Beweis des Gegentheils geführt ist, wird man annehmen müssen, daß die österreichische Ablehnung der preussischen Forderungen viel weniger indifferent ist, als unsere officiösen Organe behaupten; daß vielmehr die österreichische Regierung es für unmöglich hält, die preussischen Forderungen zu bewilligen. Liegt auch die Annahme sehr nahe, daß man in Wien so wenig wie in Berlin das letzte Wort gesprochen, so kann das Auftreten Oesterreichs in der letzten Bundestagsitzung doch nicht als ein freundliches angesehen werden. Mit Einem Worte, das Bismarck'sche System der Erfolge in der äußeren Politik hat ein Eck bekommen, das sich schwerlich bloß stopfen lassen wird. Irrer wird nicht sehr — so wird man einen lang gezagten Weg ausgeben und einen neuen plötzlich und unerwartet einschlagen müssen. Vielleicht gelingt es, durch diese neue Ueberlegung einen Keil in die Gegner und Hindernisse zu treiben.

Die „N. P. Z.“ läßt heute ihren Unmuth gegen Herzog Friedrich aus. Dem Erbprinzen von Augustenburg, schreibt dieselbe, wird das neueste „Mandöver“ von Sachsen und Baiern unter allen Umständen schädlich werden, da dasselbe den letzten Rest von Glauben an die Erbrechte des Prinzen zerstören muß. Wäre der Prinz von der Begründetheit seiner Präntensionen überzeugt, so würde er selber dagegen Einspruch erheben, daß seine Anerkennung gleichsam durch einen Seitenwind und auf eine verdeckte Manier geschehe. Er würde eine vorgängige und genaue Prüfung seiner Ansprüche verlangen, von denen man jetzt annehmen muß, daß sie diese Prüfung nicht vertragen. Er sieht ohne Protest den Veruchen zu, ihn dem Bunde und den Schleswig-Holsteinern zu oetroyiren. Er schweigt zu den Forderungen, durch die man ihn emporheben will; er scheint also auf eine Rechtsentwicklung, bei welcher die Formen beobachtet werden, wenig Vertrauen zu setzen.

In Berliner parlamentarischen Kreisen heißt es wieder, daß die Kronshydie ihren Bericht über die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage abgestattet haben, der sehr günstig ausgefallen sein soll. Letzteres glauben wir ohne Weiteres.

Die zwischen dem Berliner und Petersburger Cabinet gepflogenen, die mehrerwähnte preussische-polnische Gränzregulirung betreffenden Verhandlungen sind, wie die „N. Fr. Pr.“ wissen will, als abgeschlossen zu betrachten. Nach diesem Blatt sind die vor einiger Zeit zwischen den hiezu ernannten Special-Bevollmächtigten, Herren v. Bismarck und v. Dubril, vereinbarten Punctationen, welche inzwischen noch die von dem Fürsten Gorczakow eingebrachten Modificationen einer gänzlichen Entzagung Preußens (!) auf dessen Einmischung in polnische Angelegenheiten, insoweit solche dem preussischen Gouvernement auf Grund des Wiener Tractats zustanden, erfahren haben, als Grundlage für den neuen, im Concept nunmehr bereits unterzeichneten russisch-preussischen Staatsvertrag angenommen worden. Die Unterzeichnung des diplomatischen Voractenstückes soll am 22. stattgefunden haben. In demselben ist von anderen politischen Fragen mit keinem Wort die Rede; es enthält lediglich die übliche Einleitung mit den stipulirten Artikeln; dagegen ist dem Vertrage ein Annex beigelegt, welcher denselben erläutert und die russische, in dem Gewährlassen der preussischen Regierung in Bezug auf die Elbe-Herzogthümer bestehende Gegenleistung enthält. Als die Zeit der Publication der neuen Länder-Regulirung wird das Ende des Monats Mai, als der Ort Warschau, wo eine Zusammenkunft der betheiligten Souveräne statt haben wird, bezeichnet. Die „Correspondenz Zeidler“ bezeichnet diese Erzählung der „N. Fr. Pr.“ als vollständig erdichtet.

Die „France“ dementirt das Gerücht, daß die Reise des Herrn v. Persigny nach Rom eine Mission der Regierung an den Papst zum Zweck habe; derselbe begeben sich mit seiner Gemalin nach Rom, nur um den dortigen Ceremonien der heiligen Woche bei-zuwohnen.

Ueber den Fürsten Gusa zieht sich ein Gewitter zusammen. Der Fürst hat endlich die Geduld Oesterreichs erschöpft. Auf Veranlassung des kaiserlichen Internuntius Freiherrn v. Prolesch hatten die Gesandten jener Mächte, welche den Pariser Vertrag unterzeichneten, im französischen Gesandtschaftshotel eine Berathung gepflogen, bei welcher Gelegenheit man sich einigte, dem Fürsten den Kopf zurecht zu legen.

Vor einigen Tagen circulirte die Nachricht, daß zwischen der Pforte und Frankreich wegen der Suezcanalfrage eine ernste Differenz ausgebrochen sei. Die Pariser officiösen Blätter beileiten sich, die Nachricht als unbegründet darzustellen. Wie man der „Böh.“ nun aus Wien schreibt, hat aber die Sache doch ihre Wichtigkeit. Die Pforte weigert sich nämlich, den Ferman zur definitiven Ermächtigung des Canalbaues auszufolgen, da die Eingabe des Vicekönigs von Egypten nicht vorliegt; der Vicekönig kann aber diese Eingabe nicht vorlegen, so lange noch bezüglich eines wichtigen Punctes zwischen der ägyptischen Regierung und der Canalgesellschaft Lesseps eine Meinungsverschiedenheit obwaltet. Kaiser Napoleon hat nämlich in seinem bekanntem Schiedsrichterurtheile die Ueberlassung von 10.000 Hectaren Landes an die Gesellschaft ausgesprochen, unter der Voraussetzung, daß dieser Raum zur Benützung des Suezcanals notwendig sei. Eine commissionelle Untersuchung hat aber ergeben, daß hiefür circa 2000 Hectaren ausreichen würden. Die Pforte und der Vicekönig erblicken nun in dem beharrlichen Bestehen der Canal-Gesellschaft auf den 10.000 Hectaren den Hintergedanken einer französischen Colonisation, der Gründung eines Staates im Staate, und wollen deshalb erst diese Terrainfrage ausgetragen wissen. Der französische Botschafter erklärt aber die Ertheilung des Ferman's als eine Ehrensache seines Kaisers und bezeichnet die von der Pforte erhobenen Schwierigkeiten als das Werk englischer Einflüsterungen. — Nach den Mittheilungen des Herrn v. Lesseps soll der Canal Ende Juni 1868 vollendet sein.

Der österreichische Bevollmächtigte zu der in Berlin zusammengetretenen, jetzt geschlossenen Konferenz wegen Vereinbarung eines Zoll- und Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Oesterreich, Frhr. v. Gock hat am 30. v. M. die Rückkehr nach Wien angetreten.

Ein Wiener Telegramm der „Postzeitung“ meldet: Die Unterzeichnung des März-Vertrages ist am 29. März unterblieben, weil nur Oldenburg's Unterzeichnung eingelaufen war. Einz.ine Regierung nehmen Anstand, ohne Befragung der Kammer zu zustimmen. Die Unterzeichnung ist einstweilen bis Montag vertagt. In der nächsten Woche wird die Verhandlung des Märzvertrages im Reichsrathe stattfinden.

Die zum 29. d. Monats nach Berlin einberufene Zoll-Conferenz hat zu einer Sitzung noch nicht zusammengetreten können, weil die Mehrzahl der dazu erwarteten Bevollmächtigten noch nicht eingetroffen war. Es fand deshalb nur eine kurze Privatbesprechung zwischen einigen Mitgliedern statt und es wurde die Eröffnung der Konferenz vertagt, da man voraussetzte, daß noch mehrere Bevollmächtigte bis dahin anlangen würden, denn sämtliche Zollvereinsregierungen hatten bereits vorher ihre Bereitwilligkeit zur Besichtigung der Konferenz schriftlich angezeigt. Auch am 30. v. M. waren noch nicht sämtliche Vertreter der Zollvereinsregierungen eingetroffen (es fehlen die Bevollmächtigten Hannovers, Braunschweigs, Oldenburgs, Nassaus und Frankfurts), jedoch wurde die Konferenz eröffnet. Die Gegenstände der Berathung sind in zwei gedruckte Vorlagen aufgezzeichnet. Sie umfassen Anträge Preußens, Sachsens u., die mit England, Frankreich und Oesterreich abgeschlossenen Verträge und andere Angelegenheiten.

Lord Russell hat von der österreichischen Regierung die Namen derjenigen Personen zugesandt erhalten, welche gemeinsam mit den englischen Commissarien bald nach Oftern die Vorberathungen über Tarifmäßigung und Handelsvertrag beginnen sollen. Zum Präsidenten der Commission ist ernannt Baron Kalchberg; zu permanenten Mitgliedern: Graf Barlochy, Graf Emil Deseffsky, Baron Reiger, Baron von Böhmenstein, Graf Rinsky, die Herren S. Winterstein, Alfred Ekene und F. B. Haardt; zu Mitgliedern des Bureaus: Dr. Lorenz Stein, Prof. Franz Neumann, die Herren Franz Mayer, und Oskar von Stahl.

† Kraukau, 3. April.

Aus Wien, 28. März, wird dem „Gas“ unter der gewöhnlichen Chiffre R. die weitere Liste, enthaltend die

Nummern 243—258, der in russischer Gefangenschaft befindlichen österreichischen Unterthanen, für welche die gehörigen Schritte zur Erlangung ihrer Freilassung gemacht worden, mitgetheilt. Mit Uebergehung des Theiles der Correspondenz, in welcher die von uns nach der „Gazeta narodowa“ bereits neulich mitgetheilten Begnadigungen namhaft gemacht wurden, führen wir den neue Begnadigungen in Aussicht stehenden Schluß derselben nach vorausgeschicktem Auszug aus oben erwähnter Liste an:

Unter Nr. 243 ist Eduard Frankowski aus Krakau genannt, der im September 1863 nach Polen gegangen und nicht wieder zurückkehrte. Aufenthaltsort und Schicksal unbekannt.

Die Nr. 246 führt das zweite Mal Eugen Ellinger auf: aus Krakau oder aus Steiermark? im März 1864 gefangen genommen; weiteres unbekannt.

Johann Koficki aus Lipowicz (im Krakau'schen), im Königreich Polen gefangen und nach Kostrom verurtheilt.

Theophil Bazarnicki aus Krakau, im Königreich Polen gefangen und verurtheilt nach Korsun (Symbirer Gouv.).

Stacyntz Nowak aus Trzebinia, im Königreich Polen gefangen und nach Kostrom verurtheilt.

Peter Chodacki aus Trzebinia, ging nach dem Königreich Polen und kehrte nicht zurück; weiteres unbekannt.

Joseph Woch aus Görka (im Krakau'schen), entfernte sich ebenfalls nach dem Königreich; weiteres unbekannt.

Anton Rozmanith aus Krakau, in Warschau festgenommen und zu schwerer Arbeit nach Usou (Gouv. Sretsk) verurtheilt.

Constantin Rozmuski aus Krosno, 1863 bei Komorowo im Königreich gefangen; weiteres unbekannt.

Nach der dem Hochw. Ruzka vom Polizeiministerium überschiedenen Depesche vom 27. v. M. sollen auf Verfügung des Statthalters des Königreichs Polen in Freiheit gesetzt werden: Jakob Michalski aus Krakau, Joh. Drozdowski, Johann Dgonowski, Anton Keszkiwicz, Fr. Wróbel, Anton Czerniawski, Franz Wojciech, Ad. Rybak, Lukas Marant, Alexander Nzewocki, Martin Kister, Fr. Domagalski, Stan. Wojcicki, Martin Kartkiewicz, Joseph Kupka, Valentin Zahora, Fr. Podolinski, Math. Dsciński, Andr. Bos, Ludw. Zwonowski, Adalb. Ryplek, Ant. Gyzewicz, Lad. Gajzowski, Joh. Piattkowski, Stan. Vinc. Bialczyński, Lad. Przemyski, Sam. Jusko, Martin Bylicki, Mich. Stowrut, Joh. Krzyzostawicz, Adalb. Gysik, Peter Zemel, Joh. Lysowski, Valer. Laczowski, Carl Barcz, Stan. Bielecki — größtentheils Bauern. Gesuche an Kaiser Alexander II. um Begnadigung fr. Rozmanith's, Ludw. Ludkiewicz' und Miecz. Kopytyński's sind an ihren Bestimmungsort abgegangen. Gekundertungen für Joh. Kupka, Adalb. Rycklak, Fr. Nardowski, Ant. Wiazga (zweitesmal), Ludw. Ludkiewicz, Theodor Schwirzyński und Const. Bregziński wurden durch Courier der russischen Gesandtschaft nach Petersburg abgefasst.

△ **Wien**, 29. März. (Das Militärbudget für 1865.) Nachdem der Antrag des Grafen Brinck im Großen und Ganzen bezüglich der Feststellung des Budgets eine Vereinbarung mit der Regierung zu erzielen, seinen Zweck nicht erreicht hat und die Detailberathung im Hause bereits vorgenommen wird, so erklärte sich die Regierung bemüht, an den Positionen des Budget-Entwurfes festzuhalten, den sie im Abgeordnetenhaus eingebracht hat. Dies schließt keineswegs aus, daß im Laufe der Berathung hinsichtlich einzelner Positionen eine Vereinbarung angestrebt werde. Die Regierung wird sich Abstrichen, insofern sich dieselben innerhalb einer gewissen Gränze halten, nicht widersetzen, unter der Bedingung, daß man ihr das Birement zugestehet; allein sie glaubte in der am 25. d. beim Staatsminister abgehaltenen Deputirten-Conferenz nochmals erklären zu müssen, daß sie keineswegs, selbst wenn ihr durchwegs Birements eingeräumt würden, auf eine höhere Gesamtziffer der Abstriche eingehen könne, als sie bereits in ihrer Mittheilung an den Finanzausschuß angegeben hat. Sollte nun das Haus diese Ziffer von 20. 1 Mill., wovon 11 Mill. auf das Militärbudget entfallen würden, überschreiten, so erklärte die Regierung nicht in der Lage zu sein, mit einem derart reducirten Budget die Geschäfte weiterzuführen. Dies ist der Standpunkt der Regierung, welche von der Ueberzeugung getragen wird, daß die Sicherheit des Staates gefährdet sein müßte, wenn namentlich innerhalb des Militär-Budgets 1865 jener Abstrich von 19. 2 Mill., welchen der Berichterstatter Dr. Giskra proponirt, Platz greifen sollte. Nun erwarten wir von dem Plenum des Hauses, daß es kein Urtheil fällt, ohne der Regierung ebenso bereitwillig Gehör zu geben, als den eigenen Referenten und es ist nicht zu zweifeln, daß die Majorität des Hauses, wenn sie ohne Vorurtheil beide Stimmen anhört, bald erkennen wird, auf welcher Seite das Recht ist.

Die genaue Untersuchung des Berichtes über das Militärbudget führt zu dem Resultat, daß derselbe weder mit Umsicht, noch mit Sachkenntnis verfaßt ist. Ganz abgesehen von den falschen principiellen Anschauungen, von denen der Berichterstatter Dr. Giskra ausgeht, hat derselbe keine Deductionen mit einer solchen Menge von Unrichtigkeiten, falschen irrthümlichen Angaben, Fehlern und Widersprüchen versehen, wie sie nach mehrjähriger Uebung und bei der langen Zeit, welche der Ausarbeitung des Berichtes zu Gebote stand, nicht vorzukommen könnten, wenn demselben überhaupt nicht die Absicht zu Grunde liegen würde, die Regierungsvorlage zu verächtigen und die öffentliche Meinung zum Mißvergnügen zu provociren. Die Prophezeiung eines über 1866 hinausreichenden Friedens in Europa ist eine gar zu trügerische. Was man von den Friedensversicherungen eines Napoleons oder Victor Emanuel zu halten hat, weiß Jedermann. Die wenigen Reducirungen in Italien haben gar keine Bedeutung; in Frankreich sind gar keine Reducirungen vorgenommen worden, könnten jedoch dort sogar ohne irgend eine Gefährdung des Reiches viel leichter vorgenommen werden,

als in Oesterreich. Die ganze Organisation der französischen Armee mit ihren 150.000 Berufssoldaten, die Centralisation des Landes, die zahlreichen Communicationen, welche jede Mobilisirung erleichtern, endlich die Einheit der Nation würden viel größere Reducirungen gestatten, als in Oesterreich, und dennoch sind deren keine vorgenommen worden. Uebrigens wird Oesterreichs geographische Lage allein schon eine größere und kostbarere Vorjorge erfordern, als dies bei allen anderen Staaten nöthig ist.

Oesterreich hat sich allerdings, wie die grundsätzlichen Gegner eines kräftigen Heeresverbandes betonen, durch die neueren Organisationen und zeitgemäheren Verbesserungen in der Lage erhalten, beim Kriegsgebrauch eine ganz respectable Macht aufzustellen, allein auch die anderen Großmächte bleiben in dieser Beziehung nicht zurück, ja manche, wie wir ziffermäßig nachweisen, überflügeln uns bedeutend, so zwar, daß Oesterreich immer der Anspannung aller Kräfte bedürfen wird, um sich bei einem europäischen Kampfe ebenbürtig zu zeigen. Halten wir nun eine Rundschau bei den größeren Mächten des Continents, so sehen wir bei Rußland eine Kriegsmacht von 822,000 Mann, die speciell für die europäischen Kriegsschauplätze disponibel ist; in Frankreich ein Heer von 562,000 M., dessen Qualität durch das Vorhandensein von 150,000 Berufssoldaten gehoben wird; Preußen und Italien, beide an Territorium und Einwohnerzahl Oesterreich weit nachstehend, können imposante Streitkräfte entwickeln und zwar ersteres 507,000 Mann, abgesehen von der Landwehr ersten Aufgebots mit 135,000 M.; letzteres hat 340,000 Mann. Das hier entrollte Bild liefert erneuert den Beweis, daß Oesterreich den Stand seiner Armee im Verhältnis zu den fremden Armeen auf das Nothwendigste beschränkt hat. Bezeichnend nun für den Charakter unserer Zeit mag aber der Hinweis sein, daß selbst der kleine Industriestaat Belgien sich den gebieterischen Nothigungen der Gegenwart nicht entziehen kann, obwohl ihm ewige Neutralität zugesichert worden ist. Auch dort sehen wir die Kammeropposition gegen die Höhe des Militäretats vorgehen und doch sind sich alle Patrioten und Intelligenzen daselbst klar bewußt, daß Belgiens Neutralität nur so lange gesichert ist, als 100,000 tüchtige Soldaten, ihren Stützpunkt bilden. Wir sind demnach der festen Ueberzeugung, daß ein Herabsetzen des Ordinariums unter die von dem Kriegsministerium bemessenen 92 Millionen nicht mehr stattfinden kann und daß überhaupt die Abstriche am Budget einmal eine Gränze finden müssen. Uebrigens sind schon jetzt die Mittel für Vieles geschmälert und ganz entfallen, was zur Entwicklung des Heeres nach den Anforderungen der Zeit geboten wäre und was in allen anderen Armeen keinen Stillstand erleidet. Ein Herabsetzen des Ordinariums des Heeresfordernisses würde aber ein Aufgeben der Machtstellung Oesterreichs sein, da es die Erhaltung der auch unter den normalsten Verhältnissen für unbedingt nothwendig befundenen Organisation der Armee in Frage stellen würde.

Was schließlich die präliminirten Summen für Festungs-Rebauten betrifft, erscheinen auch diese dem Dr. Giskra zu hoch, während alle strategischen und fortificatorischen Autoritäten Oesterreichs der entgegengelegten Ansicht sind. Die Orte, deren Befestigung in diesjährigen Budget bedacht ist, nämlich Venedig, Pola, Komorn, Krakau und Olmütz, sind als so wichtige strategische, ja als die militärischen Hauptpunkte der Monarchie bekannt, daß man hierüber wohl kein Wort zu verlieren braucht und wir fürchten nur, daß das Kriegsministerium, gebrängt durch die Forderungen der Volksvertretung die diesjährigen Jahresquoten für diese Bauten thatsächlich wird herabsetzen müssen. Wir fürchten dies und wünschen als gute Patrioten nur, daß diese nur durch die finanzielle Noth entschuldigte Verzögerung der Vollendung unserer Festungen sich nicht so bitter rächen möge, als die Vernachlässigung der Fortificationen in Schleswig und Jütland an Dänemark, als die Nichtbefestigung von Mailand an unserem Staate gerächt wurde. Wir haben auf die Gefahren, die aus einer unzeitigen Schwächung der Mittel für die Erhaltung der Armee entspringen, hingewiesen und den Standpunkt der Regierung gegenüber den maßlosen Abstrichen am Budget gekennzeichnet und es ist noch zu erwarten, daß die Reichsvertretung der Armee ihrer ganzen Bedeutung nach im Hinblick auf Gesamtösterreichs gesicherte Entwicklung und Zukunft ihre Würdigung nicht versagen wird.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Bei der Verhandlung über das Budget der ungarischen Hofkanzlei, schreibt der „Botschafter“, ist Herr v. Kaiserfeld, der schon so oft als beredter und eifriger Vorkämpfer der ungarischen Sache aufgetreten, daß er gleichsam als officier Vertheidiger der ungarischen Ansprüche im Abgeordnetenhaus angesehen werden muß, mit einem mehr concreten Programm zur Lösung der ungarischen Frage hervorgetreten. Wir danken es ihm aufrichtig. Denn nicht nur lieben wir die Sache der Autonomisten, sondern je greifbarer die Pläne der Autonomisten hervortreten, desto klarer wird die Stellung der Majorität des Hauses zu denselben. Das Exposé des Herrn v. Kaiserfeld gab dem Staatsminister Gelegenheit zu einem glänzenden oratorischen Impromptu über die ungarische Frage, es rüttelte auch die politischen Ueberzeugungen der Majorität des Hauses wach und der laute allgemeine Beifall, welcher Herrn v. Schmerling zu Theil wurde und in welchen auch seine sonstigen nichtautonomistischen politischen Gegner einstimmen, zeigt, daß der große februaristische Einheitsgebände noch ebenso frisch und kräftig, wie vor 4 Jahren in

dieser Versammlung lebt, daß nur die aus anderen Momenten abgeleitete Opposition denselben eine Zeit lang beschatten und Fernerstehenden verhüllen konnte. So lange sich die Angriffe auf die Regierung wegen ihrer Haltung in der ungarischen Frage in Negationen jedes Odroirungsgebändens und in allgemeinem Ladel wegen „Nichtsthuns“, welches übrigens wohl Niemand mit dem „dolce far niente“ wird identificiren können, bewegten, da gesellte sich Mancher den wortführenden Angreifern zu, der mit den ungesprochenen positiven Tendenzen derselben nicht einverstanden war. Die Ungebuld nach greifbaren Resultaten in der großen Reichsfrage ist so natürlich und ihre naive Ungebuldigkeit ist so harmlos, wenn die Verantwortlichkeit des Mißlingens auf andere Schultern liegt, daß wir uns über die bisherigen Angriffe nicht wunderten. Aber heute, wo die Mackethnebel von dem Bilde schwanden, daß sich die Autonomisten über die Lösung der ungarischen Frage entwerfen, da traten die gänzlich abweichenden Anschauungen der Majorität des Hauses — der Linken wie des Centrums — ebenfalls deutlich vor; die Umrisse der Meinungen hoben sich scharf und kantig von einander ab und die feurige Rede des Staatsministers hatte die Wirkung des Aufpflanzers eines sieghaften Banners, um das sich Alle, Freunde von Heute und Freunde von Gernest, wieder scharten. Große Gedanken können für Augenblicke verdunkelt werden, aber die Phäse des Lichtes folgt mit der unerbittlichen Nothwendigkeit von physischen Gesetzen auf die Phäse der Dunkelheit. Heute trat es mit Deutlichkeit hervor, was der auf die ungarische Frage bezügliche Passus der Adresse im Sinne der Majorität, die ihn votirt hat, zu bedeuten habe: ob er die Hülfe ist, in welcher der leidende Dualismus sich birgt, oder ob er nicht vielmehr der Politik, welche die Regierung verfolgt, als passendes Ausdrucksmittel dient. Wir hegten nie darüber einen Zweifel. Die künstlich und in übertriebener Oppositionseifer ausgebeutete Auslegung wird aber an der heutigen Manifestation zu Schanden. Und diese Klarstellung herbeigeführt zu haben, ist das Verdienst Kaiserfeld's.

Es machte, schreibt das „Fremdenblatt“, in der Sitzung einen außerordentlichen Eindruck, als Herr v. Schmerling darauf hinwies, daß sein persönliches Naturell mehr für rasches Vorgehen sei, aber daß der Staatsmann in ihm die Geduld in der Behandlung der ungarischen Frage vorschreibe. Er hatte den Muth, der allgemeinen Ungebuld gegenüber mit Offenheit auszusprechen, daß auch von dem nächsten ungarischen Landtag eine Lösung nicht zu erwarten sei, sondern daß man sie nur von der Zeit zu erwarten habe, worunter er wohl die Zeit verstand, da man in Ungarn die Ueberzeugung gewonnen haben werde, daß keine Intrigue, keine Coalition von Parteien diesseits und jenseits der Leitha im Stande sein werde, den Gang des constitutionellen Lebens zu stören, oder ein Wirrwahl herbeizuführen, welches sich zu einseitigen Zwecken ausbeuten ließe. Mit Befriedigung wird man es allenthalben vernommen haben, daß das Ministerium, welches auf Neue mit dem Ausdrucke des höchsten Vertrauens beehrt wurde, keine andere Politik dem ungarischen Landtag gegenüber habe, als die, den Landtag dahin zu bringen, daß er die Reichsverfassung anerkenne. Diejenigen, welche unlängst dem Ministerium vorwarfen, daß es sich auf dem Boden eines Provisoriums zu bewegen glaube, werden wohl aus dieser unumwundenen Erklärung ersehen, daß die Regierung die Verfassung als ein unverbrüchliches Destitutivum erkenne. Der Staatsminister hat es entschieden ausgesprochen, daß dasjenige, was man zur Zeit das ungarische Recht nenne, nämlich die ungarischen Gesetze von 1848, sich mit der Verfassung, der Basis unseres öffentlichen Rechtes nicht vereinigen lassen, der ungarische Landtag also alles aus den Gesetzen von 1848 beseitigen müsse, was mit der Reichsverfassung im Widerspruch steht, wenn ein Vergleich zu Stande kommen soll. Solche Erklärungen sind unumgänglich nothwendig, um Illusionen zu zerstören, die man sich in Ungarn im entgegengelegten Sinne unterwühlt betrachtet.

Se. Excellenz der Herr Staatsminister hat in seiner Rede im Hause der Abgeordneten am 28. März d. J. folgendes geäußert: „In neuester Zeit scheint auch irgend etwas zur Lösung der ungarischen Frage geschehen zu sein. Denn wir haben es ja erlebt, daß der Salon eines ehemaligen Ministers, der auch in neuester Zeit ein geistreiches Buch über die Verfassungsfrage geschrieben, einem einflussreichen Mitgliede dieses hohen Hauses eröffnet worden ist, und ich werde mich sehr freuen, wenn wir erfahren, wie das Programm lautet, was aus dieser Coalition hervorgegangen ist. Ich besorge nur, daß einer von den beiden Theilen bei der Angelegenheit der Betrogene sein wird.“ Der Herr Staatsminister hat bereits in seiner Rede am 31. v. Mts. diesen Ausdruck, insofern er sich auf die Thatsache bezog, die sich als nicht richtig nachträglich herausgestellt, zurückgenommen, und mit obiger Erklärung hat er nun auch der daran geknüpften Reflexion eine Deutung gegeben, welche die Absicht einer Beleidigung ausschließt. Die „Wiener Abendpost“ bringt nun auch an bevorzugter Stelle die Erklärung, daß hiebei selbstverständlich nur jene Täuschungen gemeint sein konnten, welche von unnatürlichen Coalitionen gegnerischer politischer Richtungen unzertrennlich scheinen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. d. fand die Fortsetzung der Specialdebatte betr. den Etat: Siebenbürgische Hofkanzlei statt. Der Hof-Vizekanzler der siebenbürgischen Hofkanzlei Freih. v. Reichenstein und die Abg. Alduleanu und Deutsch sprachen gegen die vom Finanzausschuß vorgenommenen Abstriche.

Hofvicekanzler Baron Reichenstein erklärt, daß

bei Zugestehung des Birements wohl eine Ersparung am Etat der siebenbürgischen Hofkanzlei eintreten könne, jedoch nicht in dem Maße, als es der Finanzausschuß beantragt. Redner bespricht einzeln die von dem Ausschusse zum Gegenstande seiner Erörterungen gemachten Punkte und wendet sich namentlich dagegen, daß der Ausschuß den Erfolg vom Jahre 1862 zur Grundlage seiner Abstriche machte. Seit dieser Zeit seien unter Mitwirkung des Reichsrathes verschiedene Auslagen votirt worden, welche den Etat vergrößern, z. B. Beiträge für Cultuszwecke, Errichtung der Rechtsakademie in Klausenburg, des Gymnasiums in Kronstadt, Stiftungsplätze im Theresianum und in der Militärakademie etc. Schließlich erklärt der Redner, einem Abstriche von 183.000 fl. von der ursprünglich gestellten Forderung zustimmen zu können, onach auch die Auslagen für den Obersten Gerichtshof, welcher durch ein verfassungsmäßig zu Stande gekommenes Gesetz zu errichten kommt, noch ihre Bedeckung fänden.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

Die Einnahmen der siebenbürgischen Hofkanzlei, Bedeckung Cap. 10 wird mit 79.375 fl. ohne Debatte angenommen.

Nächster Gegenstand ist das Budget der kroatischen Hofkanzlei. (Auf der Ministerbank erscheint als Regierungsvertreter der Hofrath der kroatischen Hofkanzlei Utiessenovic.)

Berichterstatter ist Abg. Herbst. Der Finanzausschuß beantragt das Erforderniß mit 1,946.000 fl. zu bewilligen und volles Birement in den Titeln und Capiteln zu gestatten.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.

Die Bedeckung der kroatischen Hofkanzlei mit 451.000 fl. wird ohne Debatte angenommen.

Nächste Sitzung Montag.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 1. April. Se. Majestät der Kaiser nahm gestern Vormittags die Vorträge der Minister entgegen und empfing gegen Mittag den Minister-Präsidenten Erzherzog Rainer.

Se. Majestät der Kaiser hat der Gemeinde Wildbad-Gastein zum Wiederaufbau der dortigen Kirche allergnädigst einen Beitrag von dreitausend Gulden gespendet.

Laut einer telegraphischen Meldung wird Ihre Majestät die Kaiserin heute, Samstag, Nachmittags mittelst Schnellzuges von München hier eintreffen.

Die neugeborene Erzherzogin, Tochter Sr. k. Hoh. des Herrn Erzherzogs Joseph, wird in der heiligen Taufe den Namen Elisabeth erhalten.

Ihre k. Hoheiten Erzherzog Carl Ferdinand und Höchstseiner Gemalin sind gestern Früh aus Brünn hier eingetroffen, wurden im Laufe des Vormittags von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen und begaben sich Abend mittelst Westbahn nach Linz zur Taufe der jungen Erzherzogin.

Ihre Durchlaucht die Fürstin Ida Schwarzenberg ist am 31. März um halb 1 Uhr Früh von einer Tochter glücklich entbunden und befindet sich eben so wie die Neugeborene vollkommen wohl.

Vom 9. April d. J. ab erscheint in Wien ein neues Wochenblatt unter dem Titel „Wiener Börsenzeitung“ unter Redaction und Herausgabe des H. Alexander Scharf (zugleich Redacteur der „Wiener Sonntagsztg.“).

Am Prag, 31. März, wird gemeldet: Der Proceß des Redacteurs Kuh wegen Majestätsbeleidigung ist heute in geheimer Verhandlung entschieden worden. Kuh wurde schuldig erklärt, und von der Anklage und dem Kostenersatz für das Strafverfahren losgesprochen.

Da zwischen der rumänischen und der serbischen Metropole der Ausgleich wegen der Kirchenfonds und Kirchengüter nicht zu Stande kommen konnte, sollte der serbische Congreß am 1. April geschlossen werden.

Deutschland.

Aus Flensburg wird berichtet, daß der dortige Kaufmann Schröder wegen des Colportirens der dänischen freundlichen Adresse an den Kaiser Napoleon eine mehrjährige Gefängnißstrafe antreten mußte, nachdem das gerichtliche Erkenntniß durch den Umstand gemildert worden war, daß der Verurtheilte den Statrath Juel als Verfasser und Uebersender der landesfeindlichen Adresse namhaft machte.

Se. Hof. der Herzog von Nassau hat am 29. v. Mts. persönlich die Stände-Versammlung eröffnet. Die wirtschaftliche Lage des Herzogthums erscheint nach der Thronrede günstig. — In beiden Kammern wurden unter Anderm folgende Gesetzentwürfe von der Regierung übergeben: Die Regelung der Preßverhältnisse, die Regelung der Postverhältnisse, ein Entwurf über Erneuerung der Geschäfts-Ordnung der Stände-Versammlung. — Vom Abgeordneten Lang ist gegen den Staatsminister Prinzen v. Wittgenstein wegen Ehrenkränkung Klage erhoben worden. Lang behauptet nämlich, der Staatsminister habe sich ehrenrührige Aeußerungen gegen ihn erlaubt, als er von einer Deputation hiesiger Einwohner um Aufhebung der Suspendirung der „Mittelrhein. Ztg.“ angegangen worden sei. Das Justizamt hat die Klage zurückgewiesen, weil die dienstliche Aeußerung eines Beamten nicht Gegenstand einer Anklage gegen ihn sein könne. Lang behauptet dagegen, die Aeußerungen des Staatsministers seien „in Mißbrauch“ seiner dienstlichen Stellung erfolgt und hat gegen die Entscheidung des Justizamtes Recurs an den Criminalsenat des Appellationsgerichts eingelegt.

Am 25. v. wurde der Speciallandtag des Herzogthums Koburg durch den geh. Staatsrath von Schwendler eröffnet. Unter den angekündigten Vorlagen befindet sich auch ein neues Preßgesetz, da der

N. 5733. Edykt. (291. 3)

C. k. Sąd krajowy uwiadamia p. Antoninę Zagórką z miejsca pobytu niewiadomą, iż na żądanie p. Tadeusza Sobieniowskiego...

L. 6238. Edykt. (310. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia mniejszym, iż licytacja realności pod l. 111 i 112, gm. I. Stradom uchwałą z dnia 27 lutego 1865...

N. 75. Edykt. (290. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Krzeszowicach czyni wiadomo, że na dniu 1 października 1862 r. zmarł w Brzeziu narodowym Michał Dziudziak...

Z c. k. Sądu powiatowego. Krzeszowice, 24 marca 1865.

N. 532. Edict. (289. 3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte Krzeszowice werden alle Gläubiger, welche auf den Nachlass des aus Seibronn im Königreich Württemberg gebürtigen...

3. 3904. Concurs-Rundmachung. (304. 3)

Zur Erlangung eines Stipendiums im jährlichen Betrage von 300 fl. ö. W. vom 2. Semester des Schuljahres 1864/5 angefangen, aus der vom Dr. Sgnaß Königsberg gegründeten Stiftung wird ein Concurs bis 15. Mai 1865 ausgeschrieben.

Dieses Stipendium ist für einen israelitischen Candidaten der niederen Chirurgie, namentlich für einen sich als Patron Bildenden bestimmt.

Der Genuß dieses Stipendiums dauert durch die Zeit des vorgeschriebenen Lehrjahres, als auch zwei Jahre später, wenn es der jedesmalige Prebiger des Tempels in Wien für geeignet finden soll.

Die mit Lehrbrief versehenen Candidaten haben keinen Anspruch auf dieses Stipendium.

Abjolvirte Realschüler aus Brody, die Familie Byk aus Brody und die Familie Blau aus Lipnik, Sachs aus Neutitschein haben den Vorzug.

Die Auswahl der Stipendisten steht dem Herrn Dr. Gustav Piotrowski als Erben des zum Universal-Erben nach dem Stifter eingesetzt gewesenen Dr. Stanislaus Piotrowski zu.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit den Studien- und Mittellosigkeits-Zeugnissen, dann im Falle sie als absolvirte Realschüler aus Brody, oder aus dem Titel der Angehörigkeit zu den obbesagten Familien, das Stipendium ansprechen sollten, mit den erforderlichen Nachweisungen belegten Gesuche innerhalb des Concursstermins im Wege des betreffenden Lehrvorstandes bei der k. k. Statthaltereie einzubringen.

Von der k. k. galiz. Statthaltereie. Lemberg, den 20. März 1865.

Ogłoszenie konkursu.

Dla osiągnięcia stypendyi o rocznych 300 złr. w. a. z fundacyi Dra. Ignacego Königsberga, zaczawszy od 2 kursu roku szkolnego 1864/5 rozpisyje się niniejszym konkurs do dnia 15 maja 1865 r.

Stypendyum jest przeznaczone dla kandydatów niższej chirurgii wyznania mojżeszowego, a mianowicie dla kształcącego się na patrona, i przyszuza na czas przepisane kursu naukowego, jakoteż na dalsze dwa lata, jezeli to każdorazowy mowca synagogi wiedeńskiej za stosowne uzna. Kandydaci, posiadający list nauk (Lehrbrief) nie mają prawa do ubiegania się.

Uczniowie szkół realnych z Brodów, jakoteż rodziny Byk z Brodów, Blau z Lipnika i Sachs z Neutitschein mają pierwszeństwo.

Wybór stypendysty przyszuza panu Dr. Gustawowi Piotrowskiemu, jako sukcesorowi Dra. Stanisława Piotrowskiego, uniwersalnego spadkobiercy fundatora.

Ubiegający się o stypendyum mają swoje podania zaopatrzone w świadectwa szkolne i świadectwo ubóstwa, a jezeli ubiegają się z tytułu pochodzenia z wyż wymienionych rodzin, lub jako uczniowie szkół realnych z Brodów w odpowiednie dowody — wnieść w czasie przepisany w drodze przełożonego szkoły do c. k. Namiestnictwa

Z c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 20 marca 1865.

Nr. 6464. Edict. (279. 3)

Vom Neu-Sandez k. k. Kreisgerichte wird auf Grund Beschlusses des Lemberger k. k. Landesgerichtes vom 30. Juni 1859 Z. 22693 und über Einschreiten der galizischen Sparcasse in Lemberg wider Eleonora Fihauer, Celestine vel Celina Pieniązek und Ladislawa Lukawska, dann gegen Verständigung des Constantin Pieniązek zur Befriedigung der Restforderung 6637 fl. 86 kr. ö. W. sammt 5% Interessen seit 19. Juni 1864 und der zuerkannten Executionskosten 18 fl. 95 kr. ö. W. die executive Feilbietung der im Sandezer Kreise gelegenen Güter Jankowa — in drei Terminen: am 18. Mai 1865, am 22. Juni 1865 und am 20. Juli 1865, jedesmal um 10 Uhr Vormittags beim Neu-Sandez k. k. Kreisgerichte unter nachstehenden Bedingungen vorgenommen:

1. Die genannten Güter werden mit allem Zugehör in Pausch und Bogen, jedoch mit Ausschluß der für aufgehobene Grundlasten bereits zugewiesenen Entschädigung verkauft.

2. Die Licitation beginnt mit dem Austrufe des gerichtlich erprobten Schätzungswertes dieser Güter im Betrage 25299 fl. 20 kr. ö. W. oder 26564 fl. 30 kr. ö. W., unter welchem Werthe bei den ersten zwei Feilbietungsterminen diese Güter nicht hintangegeben werden.

3. Jeder Kaufstufte hat vor Beginn der Licitation als Badium 1330 fl. ö. W. im Baaren oder in öffentlichen Staatsschuldverschreibungen, oder galizisch-ständischen Pfandbriefen, nach dem letzten Course in der Krakauer Zeitung zu Händen der Licitationscommission zu erlegen.

4. Den interessirten Parteien wird die Einsicht und Abschriftnahme des Schätzungsactes der Feilbietungsbedingungen und anderer einschlägigen Acte in der hier kreisgerichtlichen Registratur freigestellt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Neu-Sandez, 28. Dezember 1864.

Edykt.

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu na podstawie uchwały c. k. Sądu krajowego we Lwowie z dnia 30 czerwca 1859, l. 22693 i na prośbę galicyjskiej kasy oszczędności we Lwowie w sprawie przeciw Eleonorze Fihauer, Celestyny czyli Celiny Pieniązek i Władysława Lukawskiego, celem zaspokojenia resztującej pretensyi 6637 złr. 86 kr. w. a. z odsetkami 5% od dnia 19 czerwca 1864 i kosztami zaprzynanemi 18 złr. 95 kr. w. a. przedsięwzięcie egzekucyjną sprzedaż dóbr Jankowy w obwodzie Sadeckim położonych w trzech terminach, a to dnia 18 maja 1865, dnia 22 czerwca 1865 i dnia 20 lipca 1865, każdą razą o godzinie 10 rano, w Nowym-Sączu pod następującymi warunkami:

1. Rzeczona dobra z wszelkimi przynależnościami sprzedane będą ryczałtowo z wyłączeniem jednak wynagrodzenia już przyznanego za zniesione powinności poddańcze.

3. Rozpocznie się licytacyę wywołaniem ceny szacunkowej tych dóbr w kwocie 25299 złr. 20 kr. m. k., czyli 26564 złr. 30 kr. w. a., atoli niżej tej ceny dobra w pierwszych dwóch terminach nie będą sprzedane.

3. Chęć kupienia mający winien jest przed rozpoczętą licytacyą złożyć do rąk komisji licytacyjnej wadium w kwocie 1330 złr. w. a. gotówką, lub w obligacyach publicznych rządowych, albo w listach zastawnych galicyjskiego towarzystwa kredytowego, biorąc według ostatniego kursu w gazecie Krakowskiej.

4. Stronom interesowanym zostawia się do woli w registraturze tutejszo-sądowej przejrzeć lub w odpisie podnieść akt szacunkowy, warunki licytacyjne i inne akta dotyczące.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Nowy-Sącz, dnia 28 grudnia 1864.

N. 145. Ogłoszenie konkursu (278. 3)

celem obsadzenia jednego galicyjskiego miejsca funduszowego w c. k. Akademii Maryi Teresy w Wiedniu.

W skutek reskryptu c. k. Ministerstwa Stanu z dnia 17 lutego b. r. Wydział krajowy ogłasza niniejszym konkurs w celu obsadzenia jednego galicyjskiego miejsca funduszowego opróżnionego w c. k. akademii Maryi Teresy w Wiedniu.

Kto więc życzy sobie umieścić w tej akademii syna lub swęj opiece poruczonego młodzieńca, winien wnieść podanie do galicyjskiego Wydziału krajowego najdalej do 15 maja 1865 z dołączeniem deklaracyi, że młodzieńcowi temu, gdy do pomienionej akademii przyjętym będzie, pierwsze oporządzenie sprawi i na uboczne wydatki corocznie po 157 złr. 50 kr. w. a. do kasy akademickiej płacić obowiązuje się.

Do prosby należy dołączyć:

- 1. metrykę chrztu młodzieńca należycie legalizowaną, okazującą, iż tenże 8 rok życia skończył a 14 nie przeszedł;
2. świadectwo szkolne ostatnie w dowód, że wadług teraźniejszego urzędzenia szkół przynajmniej 3 normalną klasę z dobrym ukończył postępowaniem, a jeżeli prywatnie oddaje się naukom, także świadectwo obyczajów, przez miejscowego plebana wydane;
3. świadectwo zdrowia i odbytej naturalnej lub szczepionej ospy; nakoniec
4. zaświadczenie o stanie majątku przez miejscowego plebana wydane, a przez c. k. Urząd obwodowy stwierdzone, w którym ma być wyrażono, ile aspirant ma rodzeństwa, jako też i ta okoliczność, iż przyszący do ich przyzwzoitego wychowania potrzebuje pomocy.

Spis rzeczy, jakie wstępujący do akademii ze sobą przynieść winien, można przejrzeć w archiwum Wydziału krajowego.

Wreszcie zwraca się uwagę kompetentów na ogłoszenie c. k. ministerstwa stanu z dnia 16 czerwca 1864, wedle którego podania wnoszone do c. k. ministerstwa stanu w drodze innej, aniżeli konkursem wskazanej, równie jak prosby bez wyrażenia pewnego opróżnionego miejsca, zostaną zwrócone bez żadnego skutku.

Z Rady Wydziału krajowego Królestwa Galicyi i Lodomeryi i Wielkiego Księstwa Krakowskiego. Lwów, dnia 8 marca 1865.

Wreszcie zwraca się uwagę kompetentów na ogłoszenie c. k. ministerstwa stanu z dnia 16 czerwca 1864, wedle którego podania wnoszone do c. k. ministerstwa stanu w drodze innej, aniżeli konkursem wskazanej, równie jak prosby bez wyrażenia pewnego opróżnionego miejsca, zostaną zwrócone bez żadnego skutku.

Z Rady Wydziału krajowego Królestwa Galicyi i Lodomeryi i Wielkiego Księstwa Krakowskiego. Lwów, dnia 8 marca 1865.

Nr. 3104. Rundmachung. (294. 2-3)

Am 16. April 1865 tritt in dem Orte Potok złoty eine k. k. Postexpedition ins Leben, welche sich mit dem Briefpostdienste und mit der postämlichen Behandlung von Geld- und sonstigen Werthsendungen bis zum Einzelgewichte von 3 Pfund befassen und mit dem k. k. Postamte Buczacz mittelst täglicher Fußbotenposten mit unten stehender Coursordnung in Verbindung stehen wird.

Vom 1. April bis Ende September: Von Potok złoty täglich 5 Uhr Früh. In Buczacz täglich um 8 1/4 Uhr Früh.

Von Buczacz täglich um 10 Uhr Vormittags. In Potok złoty täglich um 1 1/4 Uhr Nachmittags.

Vom 1. October bis Ende März: Von Potok złoty täglich um 5 1/4 Uhr Früh. In Buczacz täglich um 9 Uhr Früh.

Von Buczacz täglich um 10 Uhr Vormittags. Anschluß an die Massepost nach Lemberg. In Potok złoty täglich um 1 1/4 Uhr Nachmittags. Geht ab von Buczacz nach dem Eintreffen der Post aus Czortków.

Die Distanz zwischen Potok und Buczacz beträgt 2 1/2 Meilen.

Der Bestellungsbezirk dieser Postexpedition hat aus nachbenannten Orten zu bestehen: Rusikow, Skomorochi, Kościelniki, Sokulec, Potok złoty, Hubin, Wozilow, Snowidow, Kozmierczyn, Sokotów und Scianka.

Was hiemit veröffentlicht wird. Von der k. k. galiz. Postdirection. Lemberg, am 16. März 1865.

Nr. 703. Edict. (272. 3)

Vom k. k. Kriegsgerichte zu Lemberg werden Alle, welche ein Eigenthumsrecht auf die dem Johann Kurzyna, welcher am 1. April 1863 zu Krakau unter dem Namen Victor Slepkowski arretirt worden ist, abgenommene, im Deposit des hierortigen k. k. Landes-Gerichtes in Straßachen erliegenden Baarschaft, bestehend in Gold- und Silbermünzen, preussischen Thalern und russischen Rubeln im Gesammtbetrage von etwa 9000 fl. ö. W. ein Eigenthumsrecht zu haben vermeinen, aufgefordert, sich binnen Jahresfrist vom Tage der Rundmachung bei diesem Gerichte zu melden, und ihr Recht zu erweisen, widrigens dieselbe an die Staatscasse abgeführt, und nach der gesetzlichen Verjährungsfrist dem bestimmten Fonde zugewiesen werden wird.

Lemberg, am 17. März 1865.

Gegen Zahnschmerzen. Zum augenblicklichen Stillen derselben ist F. Schott's neuerfundener 'Extract Radix' als sicheres Mittel zu empfehlen. (214. 9)

Zu haben bei: Carl Herrmann in Krakau.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Barom. Höhe, Temp. nach, Relative Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Aenderung d. r. Wärme im Laufe des Tages.

Druck und Verlag des Carl Budweiser.

Pr. Paquet 10 Nkr.

Doppel-Malz-Brust-Bonbons.

Als das Beste bis jetzt anerkannte Heilmittel gegen Husten, Heiserkeit und Brustleiden — sind zu haben in der Spejerei, Wein- und Delicatessen-Handlung des Eduard Fuchs. (306. 2-3)

Wiener Börse-Bericht vom 1. April.

Öffentliche Schuld.

Table with 3 columns: In Austr. W. zu 5% für 100 fl., Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl., Metalliques zu 5% für 100 fl.

Table with 3 columns: Prämienheine vom Jahre 1864 zu 100 fl., Como-Rentenheine zu 42 L. austr., B. Der Kronländer.

Table with 3 columns: Grundentlastungs-Obligationen von Nieder-Oester. zu 5% für 100 fl., von Währen zu 5% für 100 fl., von Schlefien zu 5% für 100 fl.

Table with 3 columns: von Steiermark zu 5% für 100 fl., von Tirol zu 5% für 100 fl., von Karant., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl., von Ungarn zu 5% für 100 fl., von Temeer Banat zu 5% für 100 fl., von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl., von Galizien zu 5% für 100 fl., von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl., von Bukowina zu 5% für 100 fl.

Table with 3 columns: Actien (pr. St.) der Nationalbank zu 200 fl. öfr. W., der Credit-Anstalt zu 200 fl. öfr. W., der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W., der Kaiser. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W., der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W., der vereinigte jüdöstr. lomb.-ven. und Genit.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öfr. W. oder 500 fr., der Kaiser. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W., der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W., der Lemberg-Gzerowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 3 1/2 Proz. Zins, der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W., der Süd-nord. Verb.-B. zu 200 fl. ö. W., der Reichs. zu 200 fl. ö. W. mit 1 1/2 Proz. Zins, der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W., des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W., der Wiener Dampftricht.-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öfr. W., der Dier. Behrer Kettenbrücke zu 500 fl. ö. W.

Table with 3 columns: Pfandbriefe der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl., auf ö. W. (verlosbar zu 5% für 100 fl.), auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl., Galiz. Credit-Anstalt öfr. W. zu 4% für 100 fl., Gote.

Table with 3 columns: der Credit-Anstalt zu 100 fl. öfr. W., Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 100 fl. ö. W., Eriester Stadt-Anleihe zu 100 fl. ö. W., zu 50 fl. ö. W., Stadtgemeinde Wien zu 40 fl. öfr. W., Esterhazy zu 40 fl. ö. W., Salin zu 40 fl. ö. W., Palfy zu 40 fl. ö. W., Clary zu 40 fl. ö. W., St. Genois zu 40 fl. ö. W., Windischgrätz zu 20 fl. ö. W., Waldstein zu 20 fl. ö. W., Reglevich zu 10 fl. ö. W., R. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ., Wechsel. 3 Monate.

Table with 3 columns: Bank (Platz) Sconto Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 4 1/2%, Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 3 1/2%, Hamburg, für 100 M. B. 2%, London, für 10 Pf. Sterl. 4 1/2%, Paris, für 100 Francs 3 1/2%.

Table with 3 columns: Cours der Geldsorten. Durchschnitte-Cours fl. kr. ö. W., letzter Cours fl. kr. ö. W., Kaiserliche Münz-Dufaten, vollw. Dufaten, Krone, 20 Francstücke, Russische Imperiale, Silber.

Table with 3 columns: Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Table with 3 columns: Abgang von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm., nach Breslau, nach Strau und über Oberberg nach Preußen und nach Warchau 8 Uhr Vormittags, nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends, nach Bielitzka 11 Uhr Vormittags.

Table with 3 columns: von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends, ofran nach Krakau 11 Uhr Vormittags, Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Table with 3 columns: Ankunft in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends, von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 20 Min. Abends, von Warchau 9 Uhr 45 Min. Früh, von Strau über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends, von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm., von Bielitzka 6 Uhr 20 Min. Abends, in Lemberg von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Circus Blennow unterm Castell. Heute Montag, den 3. April große Vorstellung der höheren Reikunst, Gymnastik und Pferde-Dressur. Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr. Zum Schluß der Vorstellung: Salamander, der Feuer-König. Morgen große Vorstellung.